





Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und der KEESA. Die Ethnologin ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel.  
Kontakt: b.mueller@unibas.ch.

Die Hintergründe von kriegerischen Auseinandersetzungen sind immer komplex und werden von den Kontrahenten unterschiedlich erzählt. Das liegt in der Natur der Sache. Dabei ist es nicht unerheblich, wie ein Krieg begann, wer ihn begann und wann er begann. Gemäss dem Narrativ der TPLF (Tigray People's Liberation Front), das den westlichen Medien ursprünglich als Vorlage diente, begann der Krieg am 4. November 2020 mit dem Eingreifen der äthiopischen Zentralregierung in Tigray. Dass die dort stationierten Einheiten der äthiopischen Armee bereits in der Nacht vom 3. November in einer konzertierten Aktion von Truppen unter dem Kommando der TPLF überfallen wurden, ignoriert dieses Narrativ. Auch Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch lassen es diesbezüglich an der gebotenen Objektivität fehlen – nachzulesen etwa in einem im April 2022 veröffentlichten Bericht. Am 25. März 2022 haben die beiden kriegführenden Seiten einen Waffenstillstand geschlossen. Dieser kann Grundlage für weitergehende Verhandlungen im Hinblick auf eine Lösung des nun 17 Monate dauernden Konflikts sein – wenn denn der Wille zu einer Einigung vorhanden ist. Auf beiden Seiten wurden schwerste Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen, insbesondere auch Akte sexualisierter Gewalt. Das immense menschliche Leid und die Zerstörungen werden die Zukunft der Region auch in Zukunft prägen.

Sich im Wirrwarr von Propaganda und Interessen geleiteter Berichterstattung ein Bild zu verschaffen, war für das Redaktionsteam nicht leicht. Mit dem vorliegenden Bulletin wollen wir einen Beitrag zur Klärung verschiedener Fragen leisten. In seinem einführenden Beitrag verweist Hans Ulrich Stauffer auf die einseitige Medienberichterstattung, bei der durchaus auch geopolitische Interessen im Spiel sind. Beim Krieg in Nordäthiopien überlagern sich viele Konfliktlinien: der Machtkampf zwischen einer alten und einer neuen Elite, unterschiedliche Vorstellungen über ein nationales Projekt, die sich zwischen weitgehender Autonomie peripherer Regionen und zentralem Einheitsstaat bewegen. Diese Hintergründe erläutern Katrin Voss und Ivesa Lübben. Asebe Regassa Debelo geht auf die konfliktreiche Geschichte Äthiopiens ein, die zu divergierenden Haltungen bezüglich des äthiopischen Staatsaufbaus führte. Er meint: Nur wenn diese Stimmen Gehör finden, kann Äthiopien Frieden finden. So dann lassen wir in einem Gespräch mit Zenebe Kebede Korcho, dem Botschafter Äthiopiens in Genf, auch die Zentralregierung zu Wort kommen.

Lamine Savané erläutert die ebenfalls komplizierte Situation in Mali nach dem zweifachen Militärputsch, dem Rauswurf der Franzosen und dem Beizug der russischen Söldnergruppe Wagner zur Bekämpfung der Dschihadisten im Norden. Die Militärs gehen mit eiserner Hand gegen die Zivilgesellschaft vor, dabei bedienen sie sich eines kruden Diskurses des Antikolonialismus. ■

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre  
Barbara Müller



Jetzt mit TWINT spenden:

- QR-Code mit der TWINT-App scannen
- Betrag eingeben und Adresse
- Betrag und Spende bestätigen

## Impressum

**Ausgabe 186 | Mai 2022**

**ISSN 1661-5603**

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 47. Jahrgang.  
*Herausgeber:* Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

*Redaktionskommission:* Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

*Das Afrika-Komitee im Internet:* [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)  
*Das Zentrum für Afrikastudien im Internet:* [www.zasb.unibas.ch](http://www.zasb.unibas.ch)

*Redaktionssekretariat:* Beatrice Felber Rochat  
*Afrika-Komitee:* Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz  
Telefon: (+41) 061 691 62 93

*E-Mail Redaktionelles:* [afrikabulletin@afrikakomitee.ch](mailto:afrikabulletin@afrikakomitee.ch)  
*E-Mail Abonnemente und Bestellungen:* [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

*Postcheck-Konto:* IBAN CH26 0900 0000 4001 7754 3

*Für Überweisungen aus dem Ausland:*  
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9  
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

*Mitarbeitende dieser Ausgabe:* Veit Arlt (Red.), Gertrud Baud, Eric Breitingger, Asebe Regassa Debelo, Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Mohomodou Houssouba, Ivesa Lübben, Barbara Müller (Red.), Lamine Savané, Hans-Ulrich Stauffer (Red.), Katrin Voss, Susanne Zurbuchen

*Druck:* Rumzeis-Druck, Basel

*Inserate:* Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage  
*Jahresabonnement:* Fr. 40.–/Euro 40.–  
*Unterstützungsabonnement:* Fr. 50.–/Euro 50.–  
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

*Redaktionsschluss Nummer 187:* 30. Juni 2022

*Schwerpunktthema:* Stadtraum

*Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben:* Unternehmertum, Humor, Binnenmigration, Mode, Militarismus

Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

*Unser Titelbild:* Wortwolke erstellt auf der Basis aktueller Schlagzeilen zur Krise in Äthiopien (erstellt mit [www.wortwolken.com](http://www.wortwolken.com), Veit Arlt 4. Mai 2022).

# Äthiopiens Bürgerkrieg

## Fakten, alternative Fakten und internationale Verstrickungen

**Was geschah in den letzten beiden Jahren in Äthiopiens Norden? Da wird von Bürgerkrieg geschrieben, ja gar von einem Genozid, der am Volk der Tigre verübt werde. Der äthiopische Präsident und Friedensnobelpreisträger Ahmed Abiy wird als Kriegstreiber bezeichnet. Und einmal mehr wird Eritrea der Aggression gegenüber Äthiopien bezichtigt. Eine Auslegeordnung von Hans-Ulrich Stauffer.**

Zuerst die Fakten. Am 3. November 2020 führten regionale militärische Einheiten der Tigre zusammen mit Tigray-stämmigen Truppenteilen der äthiopischen Armee einen Angriff auf das 32 000 starke «Northern Command» der äthiopischen Streitkräfte durch. Dieses befand sich bei Mekelle, der Hauptstadt des äthiopischen Gliedstaates Tigray. Die aufständischen Truppen standen unter dem Befehl der in Tigray herrschenden «Volksbefreiungsfront von Tigray» (TPLF).

Die Zentralregierung in Addis Abeba wurde von diesem Aufstand überrascht, reagierte aber prompt. Am 4. November 2020 schickte sie loyale Truppen in die Region, erklärte die TPLF zur terroristischen Organisation und setzte die TPLF-geführte Regionalregierung von Tigray ab. Aufgrund des Kräfteverhältnisses zog sie jedoch die in Tigray verbliebenen äthiopischen Truppen ab. Damit hatten die tigrinischen Machthaber freie Hand. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nord-Äthiopien dauerten über das ganze Jahr 2021 an.

Erst im Winter 2021 änderte sich die Lage: Der Vormarsch der aufständischen Truppen auf die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba geriet ins Stocken. Offenbar hatte die tigrinische Führung ihre Kraft überschätzt. Äthiopiens Armee hatte sich neuformiert und aufgerüstet. Die Aufständischen mussten sich nach Tigray zurückziehen.

Der Krieg führte zu einer humanitären Katastrophe. Rund fünf Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen, mehrere Hunderttausend sind von Hunger bedroht.

In Teilen der Provinz Afar wie auch in Oromia waren bis Ende März 2022 nach wie vor tigrinische Truppen aktiv. In Afar versuchten diese, die lebenswichtige Verbindungsstrasse von Addis Abeba zum Hafen von Djibouti zu unterbrechen, um Handel und Nachschub zu unterbinden. Dutzende von Lastwagenkonvois konnten nicht in die Hungergebiete fahren. Zynischerweise wurden damit auch Hilfslieferungen an die notleidende Bevölkerung von Tigray verunmöglicht.

Am 25. März 2022 wurde nun zwischen der äthiopischen Regierung und der TPLF ein Waffenstillstand vereinbart. Damit soll die humanitäre Lage einerseits in Tigray, andererseits in Afar verbessert werden.

### Alternative Fakten

Die Berichterstattung über diese Vorgänge erstaunt. Unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts dominierten die pro-tigrinische Berichterstattung und Betrachtungsweise. «Am 4. November 2020 ordnete der äthiopische Ministerpräsident eine Militäroffensive gegen die TPLF (...) an. Letztere habe eine Militärbasis der

äthiopischen Zentralregierung in Tigray angegriffen» leitet etwa die «Gesellschaft für bedrohte Völker» einen Beitrag ein. Damit wird der Kriegsausbruch nicht etwa dem Angriff auf das Northern Command und 120 weitere Armeestellungen durch Tigray zugeschrieben, sondern der äthiopischen Armee.

Als die nach Eritrea abgedrängten äthiopischen Truppen neu organisiert wieder in die Kämpfe eingriffen, wurde dies als Eingreifen von «eritreischen Streitkräften in äthiopischen Uniformen» vermeldet. Und als eritreische Streitkräfte nach den Raketenangriffen auf Asmara an der Seite Äthiopiens in die Offensive gingen, wurde dies einmal mehr als eritreische Aggression gegen Tigray qualifiziert. Tigray wurde als Opfer einer amharisch-eritreischen Aggression porträtiert. Monatlang wurde das schwere Los der betroffenen Bevölkerung einzig der Zentralregierung und Eritrea angelastet. Internationale Organisationen, ob zivilgesellschaftliche oder staatliche, folgten diesem Narrativ. Auch der Chef der Weltgesundheitsorganisation WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, schob die Schuld am Flüchtlingselend der äthiopischen Regierung in die Schuhe. Kein Wunder: Ghebreyesus gehört dem innersten Führungskreis der TPLF an.

Die einseitige Berichterstattung erstaunt nicht. Die bis zur Wahl von Ahmed Abiy zum Präsidenten Äthiopiens bestehende Zentralregierung war während fast 30 Jahren in den Händen der TPLF. Diese kontrollierte nicht nur die Macht im Land und damit auch die finanziellen Futtertröge, sondern konnte sich auch international gut vernetzen. In zahlreichen Medienunternehmen und gar staatlichen Sendern sind Tigriner:innen tätig. Die TPLF-Elite war Lieblingskind der USA, Äthiopien war für die US-Aussenpolitik ein «Ankerstaat». So erstaunt es nicht, wenn die USA bis vor kurzem auf ihre einstigen Günstlinge setzten und diese zumindest politisch unterstützten. Es erstaunt auch nicht, dass die USA erneut Wirtschaftssanktionen gegen Eritrea verhängten, diesem unbotmässigen Alliierten von Abiy, der auf Distanz zu den USA ging. Für die USA steht der Verlust einer geostrategisch wichtigen Region am Horn von Afrika auf dem Spiel.

Doch plötzlich drehte der Wind. Beim Rückzug der Aufständischen aus den benachbarten Teilstaaten richteten die TPLF-Truppen unfassbare Gräueltaten an und zerstörten die zivile Infrastruktur. So wurden über 40 regionale Spitäler und hunderte von lokalen Gesundheitszentren komplett zerstört. Das war dann auch für Amnesty International zu viel. «TPLF-Kämpfer morden, vergewaltigen und plündern in Amhara-Region» heisst der Titel eines Berichts vom Februar 2022. Dass das Morden der TPLF-nahestehenden Kräfte bereits im November 2020 begann, als in der Ortschaft Mai-Kadra 600 nicht-tigrinische Arbeiter von paramilitärischen Einheiten der TPLF ermordet wurden, war zuvor übersehen worden. ■

Hans-Ulrich Stauffer, von Beruf Rechtsanwalt, ist Gründungsmitglied des Afrika-Komitees und befasst sich seit vielen Jahren mit dem Horn von Afrika. Von 1990 bis 2020 war er Honorarkonsul der Republik Kapverde in der Schweiz. Kontakt: hu.stauffer@bluewin.ch.

# Die Ursachen des Tigray-Konflikts

## Ein Blick zurück

**Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat mit einem föderativen Staatsaufbau. Die Gliedstaaten verfügen über weitgehende Rechte. So steht es in der Verfassung von 1994. Doch seit drei Jahrzehnten liegt die Macht in den Händen der Volksbefreiungsfront von Tigray. Mit der Wahl von Ahmed Abiy zum Ministerpräsidenten hat die Führungsriege der TPLF Macht und Pfründen verloren. Ein geschichtlicher Rückblick von Katrin Voss und Ivesa Lübben, den wir von der Rosa Luxemburg-Stiftung übernehmen.**

Im Krieg in Nordäthiopien überlagern sich viele Konfliktlinien: der Machtkampf zwischen einer alten und einer neuen Elite, unterschiedliche Vorstellungen über ein nationales Projekt, die sich zwischen weitgehender Autonomie peripherer Regionen und zentralem Einheitsstaat bewegen. Es ist dieses Geflecht unterschiedlicher Konfliktlinien, das dazu beiträgt, dass die Kämpfe so unerbittlich ausgetragen werden und Kompromisse in weite Ferne rücken.

### Eine Spirale der Gewalt

Die unabhängige Zeitschrift «Addis Standard» sieht Äthiopien an einem Scheideweg. Seit Jahrzehnten bewegt sich das Land in einem gefährlichen Teufelskreis aus Zentralisierung und Marginalisierung, der eine chronische Fragilität des politischen Systems zur Folge gehabt habe, schreibt sie in einer Sonderausgabe vom 1. Oktober 2021: Diejenigen, die an die Macht gelangen, marginalisieren die alten Machthaber und konkurrierende Akteure. Diese kämpfen sich schliesslich mit Waffengewalt zurück ins Zentrum der Macht, um dann ebenfalls die andere Seite zu marginalisieren. Auf diese Weise dreht sich die Gewaltspirale immer weiter.

Diese Spirale der Gewalt ist keineswegs neu. Kaiser Haile Selassie wurde 1974 durch eine Gruppe junger, revolutionärer Militärs, genannt Derg (amharisch für «Komitee»), gestürzt. 1991 wurde dann der Derg durch Guerillaeinheiten der Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front; TPLF) und der Volksbefreiungsfront von Eritrea (Eritrean People's Liberation Front; EPLF) gestürzt. Nach der Unabhängigkeit Eritreas zerstritten sich schliesslich die beiden Befreiungsbewegungen und führten von 1998 bis 2000 gegeneinander Krieg. In Äthiopien wurde die Demokratiebewegung, die 2005 einen Wahlerfolg errang, durch das TPLF-Regime brutal niedergeschlagen. Teile der Bewegung gingen in den bewaffneten Untergrund und gründeten die Bewegung Gingbot 7, die sich den Sturz der TPLF auf die Fahnen schrieb.

Nachdem das äthiopische Parlament Abiy Ahmed am 2. April 2018 zum Ministerpräsidenten gewählt hatte – sein Vorgänger, Hailemariam Desalegn, war unter dem Druck von Protestbewegungen zurückgetreten –, schien erstmals ein friedlicher Regimewechsel in Addis Abeba möglich. Abiy Ahmed war zwar Teil des Regimes, hatte aber in seiner Rolle als stellvertretender Präsident des Bundesstaates Oromia, in dem die Proteste begannen, Sympathien für die Protestbewegung erkennen lassen.

Nach seiner Wahl leitete er eine Reihe von Reformen ein. Es wurden Tausende politische Gefangene entlassen, Parteienverbote aufgehoben und den bewaffneten Widerstandsbewegungen in Oromia und Benishangul Friedensangebote unterbreitet. Bei einer Regierungs-

umbildung im September 2018 ging die Hälfte der Ministerien an Frauen, mit Sahle-Work Zewde wurde erstmalig eine Frau zur Staatspräsidentin gewählt. Oppositionelle Exilpolitiker:innen kehrten in ihre Heimat zurück, wo einige von ihnen wichtige Funktionen übernahmen. Parallel zu den Reformen machte sich Abiy daran, die alten Machtnetzwerke der TPLF zu demontieren, indem er Korruptionsverfahren gegen TPLF-Kader einleitete und die Sicherheitsapparate von ihnen säuberte.

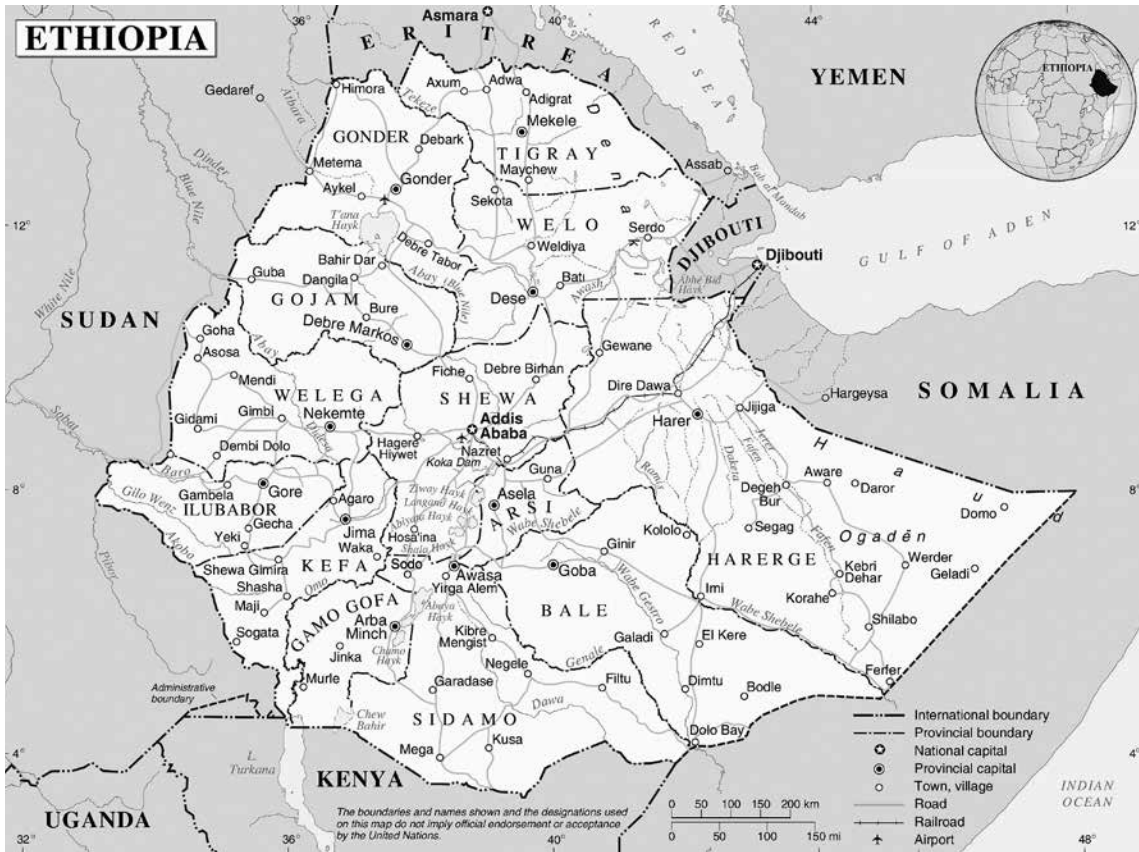
### Der ethno-nationalistische Föderalismus

Mitte der 1970er Jahre hatten radikale tigrinische Studenten, die – mit Unterstützung der Landbevölkerung Tigrays – einen Guerillakampf gegen den Derg führten, die TPLF gegründet. Sie forderten Selbstbestimmung für die marginalisierte und in den 1980er Jahren von einer schweren Hungersnot heimgesuchte Region. Als Einheiten der TPLF 1991 die äthiopische Hauptstadt einnahmen, waren sie zwar militärisch allen anderen Akteuren weit überlegen, verfügten aber nur über eine relativ schwache Verankerung in der Bevölkerung, da die Tigrinias nur sechs Prozent der multiethnischen Bevölkerung des Landes ausmachten. Durch die Einführung einer neuen ethno-nationalistischen Ordnung versprach die TPLF den Völkern und Ethnien des Landes vordergründig weitreichende Autonomie bis hin zum Recht auf Sezession. Zugleich schuf sie über den sogenannten Ethno-Föderalismus ein Machtinstrument, um den Vielvölkerstaat zu kontrollieren und Ressourcen zugunsten Tigrays umzuverteilen.

Mit der neuen Verfassung von 1994 wurden die alten Distriktgrenzen entlang ethno-nationaler Kriterien neu gezogen und neun ethnisch definierte Bundestaaten sowie zwei autonome Zonen bzw. Städte (Addis Abeba und Dire Dawa) geschaffen. Die ethno-föderale Ordnung schuf jedoch ebenso viele Probleme, wie sie zu lösen vorgab. Im Gegensatz zu ihrem marxistischen Selbstverständnis ersetzte die TPLF Klassen durch ethnische Kategorien und individuelle Bürger durch Gruppenrechte, die an die Zugehörigkeit zu einer Ethnie gebunden waren. Die Ursachen der sozialen Ungleichheit hingegen projizierte die TPLF auf andere Ethnien, was sich vor allem gegen die Amharen richtete, die man – in Anspielung auf imperiale Eroberungszüge amharischer Herrscher im 19. Jahrhundert – abwertend als *neftenya*, als feudale Siedlerkolonialisten, bezeichnete.

Da das passive Wahlrecht in den föderalen Regionen an die Beherrschung der Sprache der Titularnation gebunden war, wurden Angehörige anderer Ethnien zu Bürger:innen zweiter Klasse. Dies führte immer wieder zu bewaffneten Kleinkriegen und ethnischen Säuberungen, bei denen Hunderte, wenn nicht gar Tausende Menschen ihr Leben verloren.





Die Provinz Tigray liegt im Norden Äthiopiens und bildet die Grenzregion zu Eritrea (Karte: [www.de.maps-ethiopia.com](http://www.de.maps-ethiopia.com)).

Viele Grenzgebiete zwischen den Regionen sind bis heute umstritten. Immer wieder kommt es hier zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften der Regionalstaaten, aber auch der ethnischen Milizen untereinander. Bereits bei der Regierungsübernahme Abiy Ahmeds galten über drei Millionen Äthiopier:innen als Binnenflüchtlinge.

Parallel zur neuen Verwaltungsordnung gründete die TPLF Anfang der 1990er Jahre die «Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker» (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front, EPRDF) als eine von ihr dominierte, staatstragende Parteienkoalition. Der EPRDF gehörten neben der TPLF drei weitere ethnische Parteien an: die Oromo Democratic Party (ODP), die Amhara Democratic Party (ADP) und die Demokratische Bewegung der Südäthiopischen Völker (Southern Ethiopian People's Democratic Movement, SEPDM); bei allen drei handelte es sich um Neugründungen durch die TPLF. Andere, ältere und einflussreichere Parteien, wie die Oromo-Befreiungsfront (Oromo Liberation Front, OLF) oder die Amhara-Nationalbewegung (Amhara National Movement, ANaM), wurden marginalisiert. Pan-äthiopischen Parteien, deren Wurzeln auf die Studentenbewegung der 1960er Jahre zurückgehen und die vor allem in den urbanen Mittelschichten der Hauptstadt Einfluss besaßen, unterstellte man, Exponenten eines «amharischen Chauvinismus» und damit Vertreter der alten Ordnung zu sein. Ihre Mitglieder wurden verfolgt, viele gingen ins Exil.

#### Das Macht- und Wirtschaftsmonopol der TPLF

Auch wenn den Ethnien scheinbar größere Autonomie zugestanden wurde, tat die TPLF alles, um genau diese zu verhindern. Nicht nur unterstanden die formal autonomen Verwaltungen der Bundesstaaten der strikten Kontrolle der «Blockparteien» und damit faktisch der TPLF/EPRDF, auch die Führung der Sicherheitsorgane

wurde durch TPLF-Mitglieder und loyale Tigray besetzt. Nach Schätzungen der International Crisis Group verfügt die TPLF, bzw. die von ihr kontrollierte Regionalregierung in Tigray, über 26000 bewaffnete Soldaten – mehr als die äthiopische Armee mit 160000 Soldaten.

Die TPLF nutzte ihr Machtmonopol, um Staatsressourcen nach Tigray umzuleiten. So lagen etwa die Pro-Kopf-Ausgaben der Regionalverwaltung in Tigray aufgrund der Zuschüsse durch die Zentralregierung doppelt so hoch wie jene im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Oromia. Auch von der Privatisierungspolitik – eine der Bedingungen internationaler Finanzorganisationen für die Zahlung von Hilfsgeldern – profitierten die TPLF und ihre Netzwerke. Viele Unternehmen wurden dabei unter Wert und in zwielichtigen Deals an einen von der TPLF kontrollierten Stiftungsfonds, den Endowment Fund for the Rehabilitation of Tigray (EfoRT), verkauft. Gegründet als gemeinnützige Stiftung, entwickelte sich EfoRT zur grössten Wirtschaftsholding des Landes, die 66 Unternehmen mit einem geschätzten Vermögen von drei bis sechs Milliarden US-Dollar umfasst.

Das grösste Problem der föderalen Regionen war jedoch, dass die Zentralregierung und damit die TPLF das Monopol über den Boden behielt. Die Bauern und Bäuerinnen sowie die lokalen Gemeinschaften haben lediglich Niessbrauchrechte. Unter dem Vorwand, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, wurden vor allem in den 2000er Jahren mehrere Millionen Hektar Landflächen im fruchtbaren Tiefland im Südwesten des Landes an Inverstoren aus Indien, den Golfländern und Malaysia vergeben, die hier Exportprodukte wie Blumen, Reis und Zucker anbauen. Tausende indigene Gemeinden wurden mit Waffengewalt vertrieben und ihrer Existenz beraubt.

Katrin Voss arbeitet für die Partei Die Linke im Bereich internationale Politik, Ivesa Lübben leitete das Regionalbüro Nordafrika der Rosa Luxemburg-Stiftung in Tunis. Der Beitrag wurde am 16. November 2022 auf der Webseite der Stiftung veröffentlicht. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck in gekürzter Form. Der Text wurde von Hans-Ulrich Stauffer bearbeitet.

# Der gescheiterte Wandel und der Konflikt in Ät

## Was ist schiefgelaufen?

**Der Krieg im nach Nigeria bevölkerungsreichsten Land Afrikas hat komplexe Ursachen, die nicht zuletzt in der Geschichte Äthiopiens und seiner Bevölkerungsvielfalt begründet sind. Asebe Regassa Debelo erläutert in seinem Beitrag die divergierenden Ansichten bezüglich des äthiopischen Staatsaufbaus, die seiner Ansicht nach dem Konflikt zugrunde liegen, und macht Anregungen, wie eine Lösung gefunden werden könnte.**

Nachdem die Bundesregierung im Herbst letzten Jahres den Krieg gegen Tigray ausgerufen hatte, gerieten die Gräueltaten in Äthiopien in die Schlagzeilen der Medien. Jedoch gelang es der internationalen Gemeinschaft nicht, den Krieg zu beenden. Obwohl die Folgen des Krieges in Form von menschlichem Elend und politischer Krise in Äthiopien und am Horn von Afrika unbestritten sind, bleiben die Ursachen des Krieges und die dafür Verantwortlichen weiterhin umstritten. Ungeachtet der widersprüchlichen Ansichten über den Krieg vertrete ich die Auffassung, dass die anhaltende Krise im Land im Grossen und Ganzen als ideologische Auseinandersetzung und als Machtkampf über die folgenden Fragen verstanden werden sollte: Wie soll der Staat organisiert werden und wer kontrolliert die Staatsmacht?



Asebe Regassa Debelo  
anlässlich eines Vortrages  
an der Universität Tromsø  
2019.

### Der Konflikt

Am 4. November 2020 lancierte die äthiopische Bundesregierung eine Offensive in der Region Tigray, weil sie die Tigray People's Liberation Front (TPLF) beschuldigte, ihr dort stationiertes Nordkommando angegriffen zu haben. Diese Offensive entwickelte sich bald zu einem ausgewachsenen Krieg von grosser Grausamkeit, der zur Vernichtung von Menschenleben, Vergewaltigungen, der Vertreibung von Millionen von Zivilpersonen und der Zerstörung der zivilen Infrastruktur führte, was viele als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachten. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen benötigen mehr als 5,2 Millionen Menschen in Tigray und den benachbarten Regionen Amhara und Afar Nahrungsmittelhilfe. Dabei hat sich besonders die Lage in Tigray zu einer schweren humanitären Krise entwickelt, vor allem weil die Regierung die Versorgungswege für humanitäre Hilfe blockiert.

Der Krieg in Tigray ist kein isoliertes Ereignis. Er ist vielmehr Teil einer umfassenden politischen Krise in Äthiopien, die historisch begründet ist, sich aber seit 2018 besonders verschärft hat. Eine weitere unruhige Region ist Oromia – die bevölkerungsreichste Region Äthiopiens –, in der 2014 die Massenbewegung gegen die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) ausbrach, die 2018 zur Machtübernahme durch Abiy Ahmed führte. In West-, Süd- und Zentral-Oromia tobt ein langwieriger Konflikt zwischen der Regierung und der Oromo Liberation Army (OLA). Derzeit hat die Regionalregierung von Oromia die Kontrolle über die meisten Bezirke in diesen Teilen der Region verloren. Die wahllosen Angriffe der Regierung auf die Zivilbevölkerung, aussergerichtliche Tötungen, Niederbrennen von Häusern und Inhaftierung von Menschen, die beschuldigt werden, die OLA zu unterstützen oder mit ihr zu sympathisieren, haben die Lage in Oromia äusserst zugespitzt, auch wenn aufgrund von Restriktionen wie Telefon- und Internetsperren durch die Regierung kaum darüber berichtet wird.

Auch die Gewalt in der Region Benishangul Gumuz hat in den letzten drei Jahren Hunderten von Zivilpersonen das Leben gekostet. Obwohl es in der Vergangenheit sporadisch zu Konflikten zwischen der einheimischen Bevölkerung und Zugewanderten kam, haben das Ausmass der Gewalt und die Zahl der an diesen Konflikten beteiligten Akteure in den letzten Jahren zugenommen. Im Gegensatz zu den früheren Auseinandersetzungen ist Benishangul Gumuz jetzt zu einer Konfliktzone geworden, vor allem wegen der Ansprüche der Amhara-Region, die ressourcenreiche Gebiete wie die Gegend um Metekel annektieren will.

Kurz gesagt, die Reibereien und Feindseligkeiten zwischen den Gruppen und die Polarisierung der politischen Ansichten haben stärker zugenommen als je zuvor. Mit Ausnahme der relativ stabilen Südregion haben Gewalt, Unsicherheit und Konflikte in allen neun Regionen überhandgenommen und das Land an den Rand des Zerfalls gebracht. Die grundlegende Frage ist, ob diese Krisen ein Phänomen der Zeit nach 2018 oder historisch bedingt sind.

### Konkurrierende ideologische und politische Interessen

Der aktuelle Konflikt und die Instabilität in Äthiopien sind Teil einer umfassenderen ideologischen Polarisierung und eines Machtkampfs zwischen den politischen Eliten: auf der einen Seite diejenigen, die eine Umkehrung des multinationalen föderalen Systems in ein einheitliches zentralisiertes System anstreben, auf der anderen Seite diejenigen, die dafür kämpfen, das Recht auf Selbstbestimmung durch grössere Autonomie zu gewährleisten. Obwohl diese konkurrierenden Interessen die politische Dynamik im Land schon im

letzten halben Jahrhundert geprägt haben, hat der Grad der Polarisierung nach 2018 zugenommen.

Nach dem Amtsantritt von Abiy Ahmed Anfang 2018 waren viele Äthiopier:innen und Beobachter:innen der politischen Dynamik in Äthiopien euphorisch und erwarteten, dass das Land bald einen demokratischen Übergang vollziehen würde. Abiy Ahmed kam im Anschluss an die Protestbewegung der Oromo (2014–2018) gegen das von der TPLF dominierte EPRDF-Regime an die Macht. Trotz des multinationalen, föderalen Systems agierte dieses Regime autoritär. Die Macht wurde stärker zentralisiert, und das System des Entwicklungsstaates förderte die Entscheidungsfindung von oben nach unten.

Abiy Ahmeds anfängliche Entscheidungen zur Öffnung demokratischer Räume – die Medien, die Freilassung politischer Gefangener, die Vertretung der Geschlechter und die Rhetorik zur Friedenskonsolidierung – sowie seine mutige Entscheidung, die 20jährige Feindschaft mit Eritrea zu beenden – brachten ihm nationale und internationale Unterstützung ein. Die Euphorie verflog jedoch bald, da Abiy, seine Wohlstandspartei und andere politische Parteien, die demselben Narrativ folgen, den Übergang entgleisen liessen und unablässig den Weg zu einer autoritären Konsolidierung einschlugen.

An dieser Stelle ist es nützlich, auf einige Aspekte der Vorgeschichte einzugehen, die den polarisierten Meinungen über die Struktur und Führung des Staates zugrunde liegen. Der heutige äthiopische Staat entstand im späten 19. Jahrhundert durch Eroberungskriege, die Kaiser Menelik II gegen bis dahin souveräne und autonome Staaten im Süden, Westen und Osten des Landes führte. Nach der Eroberung wurde das imperiale System durch wirtschaftliche Ausbeutung, politische Unterdrückung und kulturelle Marginalisierung der unterworfenen Gesellschaften gefestigt. In den 1960er- und 1970er-Jahren riefen diese historischen Ungerechtigkeiten nationale Befreiungsbewegungen auf den Plan: Einige stützten sich auf die Kolonialthese, während andere die Nationalitätenfrage ins Zentrum rückten und die Selbstbestimmung ihrer jeweiligen Nationen forderten. Umgekehrt traten andere politische Bewegungen, meist unitarischer und nationalistischer Natur, gegen die lokale Selbstbestimmung ein. Zu dieser Kategorie gehören Amhara-Nationalisten und städtische Eliten, die eine grössere Autonomie der Nationen und Nationalitäten als Bedrohung für die Einheit des Staates ansehen. Obwohl diese Kräfte während der drei Jahrzehnte der EPRDF-Herrschaft (1991–2018) mit Ausnahme eines plötzlichen Wiederauflebens während der nationalen Wahlen 2005 eher unauffällig blieben, haben Abiy's Öffnung des politischen Raums und seine Neigung zu diesem Narrativ die polarisierten Ansichten über die Zukunft des Staates reaktiviert.

Ich möchte daher betonen, dass Gewalt und Konflikte zwar seit der Gründung Äthiopiens kennzeichnend für das Land waren, die aktuelle Krise jedoch durch Abiy Ahmeds Entscheidungen zur Zentralisierung der Staatsmacht, einschliesslich der Auflösung der EPRDF, reaktiviert wurde. Tatsächlich wird dieser Schritt von Amhara-Nationalisten und städtischen Eliten unterstützt, die die Wiederherstellung eines einheitlichen

Staatsystems einschliesslich der Homogenisierung von Sprache und Kultur in der Form der Zeit vor 1991 anstreben. Wie bereits erwähnt, entwickelten sich jedoch Unzufriedenheit, Polarisierung und strukturell bedingte Ungleichheiten in der Bevölkerung bereits während der von der TPLF dominierten EPRDF-Herrschaft.

### Wie weiter?

Damit Äthiopien aus dem derzeitigen Chaos zu Stabilität finden kann, sollten konzertierte Anstrengungen unternommen werden, um historische Dichotomien und polarisierte politische Narrative zu überwinden und stattdessen eine Politik des Entgegenkommens und der Anerkennung zu entwickeln. Die Anerkennung historischer Ungerechtigkeiten und vorgebrachter Forderungen nach Repräsentation, Gleichberechtigung und Autonomie ist eine Grundvoraussetzung für die Schaffung eines förderlichen Rahmens für Dialog. Die derzeitige Krise aktiviert jedoch nicht nur bestehende Polarisierungen, sondern schafft auch neue Narrative, die die verschiedenen Gruppen weiter gegeneinander aufbringen und traumatisieren und damit den Keim für künftige Gewalt säen. Um das Land auf den Weg der Versöhnung zu bringen, müssen zuallererst die Waffen zum Schweigen gebracht und politische Räume für alle Konfliktparteien geöffnet werden, damit diese über die Zukunft Äthiopiens beraten können.

Abschliessend möchte ich noch einmal betonen, dass Gewalt ein wesentliches Merkmal des äthiopischen Staates ist. Er wurde im Laufe seiner modernen Geschichte mit Gewalt geschaffen, konsolidiert und aufrechterhalten. Viele Nationen und Nationalitäten haben eine Geschichte der systemischen Gewalt erlebt, die politische Unterdrückung, Enteignung von Ressourcen und kulturelle Stigmatisierung mit sich brachte. Die Nationalitätenfrage, die in den 1960er und 1970er Jahren Studentenbewegungen auslöste und nach 1991 mit dem multinationalen föderalen System institutionalisiert wurde, hatte eine solche historische Resonanz. Anders als in einigen Medienberichten, in der diplomatischen Gemeinschaft und von Beobachter:innen behauptet, ist die derzeitige Krise daher weder durch die EPRDF geschaffen noch erst 2018 entstanden. Vielmehr handelt es sich um die Auseinandersetzung zwischen zwei konkurrierenden Modellen, wie der Staat, seine Macht und seine Struktur gestaltet werden, wie Gruppenrechte (die Rechte von Nationen und Nationalitäten) und individuelle Rechte respektiert und berücksichtigt werden sollen. ■

Asebe Regassa Debelo ist Dozent am Institut für politische Geographie der Universität Zürich. Seine Forschungen umfassen ein breites interdisziplinäres Gebiet wie Föderalismus, Beziehungen zwischen Gruppen, Grenzdynamiken, die Rechte indigener Bevölkerungen und die politische Ökonomie grosser Entwicklungsprojekte. Sein geographischer Schwerpunkt ist das Horn von Afrika. Dr. Regassa hat u. a. auch zu den aktuellen politischen Dynamiken in Äthiopien publiziert. Kontakt: asebe.debelo@geo.uzh.ch.

# Der äthiopische Standpunkt

## Gespräch mit Botschafter Zenebe Kebede Korcho

**Im Gespräch mit Zenebe Kebede Korcho, dem äthiopischen Botschafter bei der UNO in Genf, wollte das Afrika-Bulletin in Erfahrung bringen, wie seine Regierung die Hintergründe des Konfliktes, die aktuelle Situation vor Ort und die geopolitischen Interessen sieht, die sich in der Berichterstattung spiegeln. Wir sind der Meinung, dass der äthiopische Standpunkt, besonders was den Kriegsbeginn anbelangt, in den westlichen Medien kaum dargestellt wurde. Im Folgenden geben wir die Darlegungen von Botschafter Zenebe wieder.**

Während 27 Jahren stand die TPLF (Tigray People's Liberation Front) einer zunehmend totalitären Regierung vor. Sie dominierte die Koalition der Regierungspartei EPRDF sowie insbesondere das Militär, die Sicherheitskräfte und die wichtigsten wirtschaftlichen Bereiche. Über ihre ausgedehnten Netzwerke plünderte sie die Ressourcen des Landes, und es kam zu immer brutaleren Verletzungen der Menschenrechte. Der breite Widerstand dagegen führte 2018 zu einem friedlichen Regierungswechsel mit Abiy Ahmed als Premierminister. Abiy liess Gefangene frei, reformierte das Militär, den Geheimdienst und das Justizwesen. In seinem Kabinett beträgt der Frauenanteil 50 Prozent und er beendete die 20 Jahre andauernde Situation «weder Krieg noch Frieden» in der Beziehung zu Eritrea. Dafür wurde ihm 2019 der Friedensnobelpreis verliehen.

Ihre Entmachtung akzeptierte die Führung der TPLF nicht, da sie ihre wirtschaftliche Vormachtstellung bedroht sah. Ihre Exponenten verliessen das Parlament und andere staatliche Institutionen und zogen sich nach Mekelle, der Hauptstadt von Tigray zurück. Die Regierung unter Premier Abiy versuchte, die Differenzen mit der TPLF auf friedliche Art zu lösen. Dazu wandte sie sich an Respektspersonen und religiöse Persönlichkeiten, die mit der TPLF-Führung das Gespräch aufnehmen sollten. Diese verweigerte jedoch den Dialog mit der Regierung. Stattdessen führte sie in Verletzung der Verfassung regionale Wahlen durch.

Gleichzeitig begann sie insgesamt 250 000 Kämpfer:innen umfassende paramilitärische Einheiten auszubilden, indem sie aus Tigray stammende Armeeangehörige verdeckt einsetzte. Dies war von langer Hand vorbereitet. Dazu muss man wissen, dass wegen des Grenzkonflikts mit Eritrea 80 Prozent der äthiopischen Armee in Tigray stationiert war, wo sich auch die Waffen befanden. Obwohl die Grenze durch ein Schiedsgericht festgelegt wurde, hatte Äthiopien bis 2018 den Grenzverlauf nicht akzeptiert.

### **Der überraschende Angriff vom 3. November 2020**

Der Angriff auf die Armee in der Nacht des 3. Novembers 2021, bei dem die TPLF die gesamten Waffen- und Munitionsbestände der Armee eroberte, erfolgte in einem gut koordinierten und von langer Hand vorbereiteten Überraschungsschlag an 120 Orten gleichzeitig. Viele hochrangige Offiziere wurden getötet, den übrigen Armeeangehörigen gelang die Flucht über die Grenze nach Eritrea. Als Premierminister Abiy, der gleichzeitig der Oberbefehlshaber der Armee ist, von dem Überfall erfuhr, unternahm er die nötigen Schritte, um die Souveränität und Integrität des Landes sicherzustellen. Aus allen Teilen des Landes wurden Truppen zu-

sammengezogen. Innerhalb von drei Wochen wurde die TPLF aus Mekelle vertrieben.

Im Juni 2021 beschloss die Regierung einen einseitigen Waffenstillstand, damit die humanitäre Hilfe die Menschen in Not erreichen konnte und um den Bauern und Bäuerinnen in Tigray zu ermöglichen, während der Regenzeit ihr Land zu bebauen. Als sich die Regierung deswegen aus Tigray zurückzog, ging sie davon aus, dass die TPLF Hand für eine friedliche Lösung bieten würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Die TPLF-Einheiten nutzten den Rückzug der Regierungstruppen aus Tigray dazu, sich neu zu formieren und drangen erneut in die beiden Nachbarregionen Afar und Amhara ein. Daraufhin wandte sich die äthiopische Regierung erfolglos an die internationale Gemeinschaft mit der Forderung, dieses Vorgehen zu verurteilen. Wie ein Bericht von Amnesty International dokumentierte, hat die TPLF in den besetzten Gebieten in nie dagewesener Weise Gräueltaten verübt. Industrieanlagen, Universitäten, Spitäler, Kliniken und Lagerhäuser internationaler Hilfsorganisation wurden zerstört. Was die Kämpfer:innen nicht mitnehmen konnten, wurde zerstört. Selbst das Vieh wurde geschlachtet oder erschossen und die Ernte zerstört.

Einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft gingen so weit, auf einen Umsturz der äthiopischen Regierung hinzuwirken. Als Antwort darauf mobilisierte diese die Bevölkerung innerhalb und ausserhalb Äthiopiens für den Kampf gegen die TPLF. Nach verlustreichen Kämpfen gelang es, die TPLF nach Tigray zurückzudrängen. Die Regierung verfügte jedoch, dass ihre Truppen an der Grenze zu Tigray Halt machen, um weitere Verluste auf beiden Seiten zu vermeiden. Nichtsdestotrotz fährt die TPLF fort, Afar zu beschliessen. Wegen der ständigen Angriffe sind deswegen erneut mehr als 300 000 Menschen vertrieben worden. Ziel dieser Bombardierungen ist es, die Versorgungslinien für humanitäre Hilfe zu unterbrechen – so die über Abala führende Eisenbahnlinie – und dann die Regierung dafür verantwortlich zu machen. In Afar sind es vor allem die regionalen Streitkräfte und Milizen, die mit Unterstützung durch die Regierung den Kampf führen.

Da die Armee die Grenze zu Tigray nicht überschritten hat, wird die Region gegenwärtig durch die TPLF kontrolliert. Gleichwohl betrachtet die Regierung Tigray als unveräusserlichen Teil Äthiopiens. Die äthiopische Armee ist derzeit nicht in Tigray. Das bedeutet, dass auch die Grenze zu Eritrea von der TPLF kontrolliert wird und es weiterhin zu Angriffen gegen Eritrea kommt.

Der Zugang zu humanitärer Hilfe wurde sowohl auf dem Land wie auf dem Luftweg ermöglicht. Verschiedene Hilfsorganisationen haben Nahrungsmittel und andere Güter nach Tigray gebracht. Die Regierung hat eine Pufferzone durch Afar geschaffen, wo die Fahrer





## Zimbabwe

### Überraschende Wahlerfolge der Opposition

bm. Wenn Emmerson Mnangagwa und seine ZANU-PF gehofft hatten, mit ihren Machenschaften gegen die Opposition einen de facto Einparteiensstaat zu errichten, dann haben sie ihr Ziel gründlich verfehlt. Am 26. März wurden in Nachwahlen 28 Parlamentsitze neu besetzt. Die Mehrheit davon hatten Parlamentarier:innen der damaligen Oppositionspartei MDC-A unter Führung von Nelson Chamisa inne, die zurücktreten mussten, weil das Oberste Gericht der Parteiführung die Rechtmässigkeit abgesprochen hatte. Die Partei verlor darüber hinaus auch den Parteisitz, das gesamte Vermögen sowie die staatliche Parteienfinanzierung – und galt als erledigt. Es gelang ihr jedoch, unter ihren Anhänger:innen finanzielle Mittel zu mobilisieren. Unter dem Namen Citizen's Coalition for Change (CCC) formierte sie sich neu und erhob sich wie ein Phönix aus der Asche. Trotz massiver Behinderung führte sie im ganzen Land gut besuchte – und mit der neuen Parteifarbe Gelb ins Auge stechende – Wahlveranstaltungen durch. Ihre Kandidat:innen eroberten so auf Anhieb 19 der 28 Sitze und holten damit bis auf zwei alle verlorenen Sitze zurück. Die CCC machte auch in den gleichzeitig in rund 120 Städten und ländlichen Gemeinden durchgeführten Lokalwahlen rund 60 Prozent der Stimmen. Keinen einzigen Sitz errang die von der ZANU-PF emporgelobene MDC-Alliance (vormals MDC-T) unter Führung von D. Mwonozora.

Wie bisher befindet sich die Basis der Oppositionspartei in den Städten und bei den Jungwähler:innen, deren Registrierung durch die von der Regierungspartei kontrollierte Wahlkommission mit allen Mitteln behindert wurde. In den ländlichen Wahlkreisen ist die Unterstützung für die ZANU-PF (sowie deren Kontrolle) indessen ungebrochen. Der Erfolg der CCC bei den Nachwahlen kann deshalb nicht auf die bevorstehenden allgemeinen Wahlen im Jahr 2023 übertragen werden. ■

## Uganda–DRC

### Raubzüge über die Grenze

sg. Uganda wurde endlich vom Internationalen Strafgerichtshof zu einer 325 Millionen USD-Geldbusse verknurrt für den Raubzug auf Gold, Diamanten und Holz aus der DR Congo durch ihre reguläre Armee. Während und nach dem grossen Kongo-Krieg 1997/98 besetzten ugandische Truppen die Provinz Ituri im Gebiet der Grossen Seen bis 2003 und handelten die begehrten Erzeugnisse in eigener Regie. Die kongolesische Regierung hatte dafür einen Schadenersatz von elf Milliarden USD eingeklagt. In dieser Zeit entstand offensichtlich auch die Terrormiliz Allied Democratic Forces (ADF), die bis heute den handwerklich Gold schürfenden Bewohner:innen ihre Ausbeute abnehmen – und dies weiterhin über Uganda ausführen. Die USA, bemüht sich der kongolesischen Regierung von Tshisekedi als loyaleren Partner anzubieten als die Chinesen, haben nun den CEO Alain Goetz und seine Goldraffinerie in Uganda mit Sanktionen belegt, «in support for the congolese people». Es wird sich erweisen müssen, ob dies die ADF zur Aufgabe und eventueller Repatriierung bewegen wird. ■

## Sudan

### Einnahmequellen der Militärs?

sg. Erst die Meldung von 80 getöteten Soldaten aus dem Sudan, welche für die saudische Armee gegen die Huti-Rebellen kämpften, warf ein Licht auf den wahrscheinlich lukrativen Regierungs-Handel mit zusätzlichen Streitkräften für die Saudis in diesem bereits sieben Jahre dauernden Krieg in Yemen. Zweifel, ob dieser Handel, der schon zu Zeiten Omar al-Bashirs begann, auf freiwilliger Rekrutierung basierte, sind angebracht. Zur Zeit ist nicht bekannt, wieviele sudanesischen Söldner unter der Flagge der Saudis kämpfen, einst aber wurde ihre Zahl auf gegen 30 000 geschätzt. Auch die paramilitärischen Rapid Support Forces, die von Hamdan «Hemeti» Dagolo angeführt wurden, wurden zeitweise dazu abgeordnet.

«Hemeti» war (und ist?) notorisch für die Aneignung von Goldressourcen des Sudan, aus dem Boden geholt durch handwerkliche Schürfer, die durch seine Truppe bewacht und durch ihre Arbeit wahrscheinlich nicht reich wurden. «Hemeti», auch als Anführer der Djandjaweed-Angriffe auf die schwarze Bevölkerung von Darfur im Westen Sudans berüchtigt, ist seit dem Putsch des Militärs gegen die anstehende Übernahme der Regierung durch Zivile Vize-Präsident der Diktatur. Über seinen kürzlichen Besuch in Moskau wurde gemunkelt, dass neben der Suche nach einer schützenden Hand und Waffenlieferungen Russlands für das Militär-Regime auch Goldhandel erneut Anlass sei. Russland gilt als hauptsächlicher Abnehmer des sudanesischen Goldes.

Während all dem dauert der Widerstand der Zivilbevölkerung in den meisten grösseren Städten ebenso an, wie die Verhaftungen von Regierungsangehörigen der früheren von Militär und Zivilen geteilten Regierung ... Auch die gefürchteten Folterer des Geheimdienstes scheinen erneut aktiv zu sein. ■

### Eritrea gegen UNO-Resolution

hus. Eritrea gehört (zusammen mit Russland, Belarus, Syrien und Nordkorea) zu jenen fünf Staaten, die in der UN-Generalversammlung explizit gegen die Resolution zu Russlands Angriff auf die Ukraine gestimmt haben. Weshalb stellt sich Eritrea an die Seite des Aggressors während Staaten wie Venezuela oder Kuba, die weit enger mit Russland verbunden sind, sich der Stimme enthielten?

Eritrea begründet die Ablehnung der Resolution und damit die Unterstützung Russlands wie folgt:

- Eritrea ist der festen Überzeugung, dass die Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind, unantastbare Grundsätze sind, die im Interesse eines dauerhaften Weltfriedens von allen zu jeder Zeit geachtet werden sollten.

- Das Votum Eritreas ist eine Demonstration seines kompromisslosen Eintretens für den Frieden.

Es wendet sich gegen die Internationalisierung, die unaufhörliche Rhetorik und die Verhängung einseitiger Sanktionen, die bedauerlicherweise die internationalen Beziehungen weiter polarisieren und die Situation mit enormen Folgen für die Zivilbevölkerung eskalieren lassen. (...)

- Die Situation zwischen Russland und der Ukraine gibt Anlass zu ernster Besorgnis und hat politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa und den Rest der Welt. Sie muss unverzüglich gelöst werden, indem der Diplomatie mehr Chancen eingeräumt werden. (...)

- Eritrea lehnt alle Formen einseitiger Sanktionen als illegal und kontraproduktiv ab. Als ein Land, das seit zwei Jahrzehnten solchen Massnahmen des Westens ausgesetzt ist, einschliesslich neuer einseitiger Massnahmen, weiss Eritrea, dass Sanktionen keine Friedens- und Sicherheitsprobleme lösen. Im Gegenteil, sie schaden nur unschuldigen Menschen und untergraben den Weg zum Frieden. (Erklärung vom 3. 2. 2022)

Eritrea setzt somit auf eine friedliche, diplomatische Lösung und wendet sich gegen jegliche Sanktionen. Dabei wird allerdings übersehen, dass es in der Resolution der UNO-Generalversammlung gar nicht um Sanktionen geht. Solche sind in keinem der 16 Punkte der Resolution auch nur angesprochen. Eritrea stellt die Forderung auf, dass der Konflikt friedlich gelöst werden soll. Da stellt sich die Frage, wie ein Aggressionskrieg friedlich gelöst werden kann, zumal Russland ja jegliche Verhandlungsaufrufe und Vermittlungsangebote ignoriert. Hat Eritrea damals, als es nach dem äthiopisch-eritreischen Krieg um die Umsetzung des Abkommens von Algier ging, in dem Äthiopien zur Rückgabe des besetzten Gebietes von Badme verpflichtet wurde, nicht auch internationalen Druck auf die damalige Regierung Äthiopiens eingefordert und sich beklagt, dass dieser nicht ausgeübt wurde? Eritreas Haltung ist schwer nachvollziehbar. ■

### Lebensmittelverknappung in Afrika?

sg. Schon vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine erlitten Kenyas Lebensmittelpreise eine Steigerung von durchschnittlich 20 Prozent. Das musste nicht erstaunen, angesichts der Dürren (besonders in Somalia), Überschwemmungen (Süd-Sudan) und Heuschreckenplagen (Kenya und Tschad) im ganzen Nordosten Afrikas und dem gleichzeitigen pandemiebedingten Einbruch der Einnahmen aus dem Tourismus. Ohne Zweifel wird in Nord-Kenya, Somalia und Süd-Äthiopien bereits aus diesen Gründen gehungert. Nun wird mit dem Kriegsausbruch in Europa ein weiterer Faktor virulent – und das nicht nur in Ostafrika: 35 Länder Afrikas beziehen ihren Bedarf an Weizen hauptsächlich aus Russland und der Ukraine. Die Abhängigkeit von russischem Weizen dürfte ein nicht unerheblicher Grund sein für die Stimmenthaltung von 17 afrikanischen Ländern bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung über eine Resolution zum von Russland gegen die Ukraine geführten Krieg. Während befürchtet wird, dass das kommende Anbaujahr in der Ukraine bereits verloren ist, bemüht sich insbesondere die USA darum, die Länder Afrikas von Importen aus Russland abzubringen und sie für eine verurteilende Stellungnahme zu gewinnen. Ob überhaupt ausreichend Ersatz für den russischen Weizen geliefert werden könnte, ist allerdings ungewiss. Während der Leiter des Welternährungsprogramms insistierte, dass bereits vor Kriegsausbruch in der Ukraine die Zahl der von Hunger bedrohten Menschen innert vier Jahren von 80 auf 260 Millionen weltweit angestiegen sei, äusserten sich weitere UN-Kader tief besorgt bezüglich einer steigenden Gefahr bevorstehender Hungersnöte. Indessen wird bekannt, dass Bill Gates in den Agrarstaaten der USA quadratkilometerweise Land aufgekauft hat. ■

# Übergang in Mali

## Zwischen den ECOWAS-Sanktionen und dem Rückzug der Ba

**Was ist von der gegenwärtigen Situation in Mali zu halten? Der Politikwissenschaftler Lamine Savané erläutert die komplexe Lage nach dem zweifachen Militärputsch, dem Rauswurf der Franzosen und dem Beizug der russischen Söldnergruppe Wagner zur Bekämpfung der Dschihadisten im Norden. Er gibt Einblick in ein Land in dem die Militärregierung mit harter Hand und antikoloniale Parolen nutzend gegen die Bevölkerung vorgeht.**

Am 18. August 2020 verkündete das malische Fernsehen nach dreimonatigen Protesten der Bevölkerung gegen das Regime von Ibrahim Boubacar Keita einen Putsch des Militärs. Keitas Regime, das 2013 mit einem klaren Ergebnis gewählt und 2018 in umstrittenen Wahlen bestätigt worden war, hatte einen in der Geschichte Malis noch nie da gewesenen Grad an Korruption erreicht. Vetternwirtschaft – der Sohn des Präsidenten war Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Nationalversammlung – offene Korruption und weit verbreitete Unsicherheit hatten die Malier:innen davon über-

der ECOWAS vereinbarten Wahltermin einzuhalten. In der neuen Regierung, deren Ministerliste veröffentlicht wurde, fehlten zwei Schwergewichte der Putschisten, nämlich der Verteidigungsminister, Oberst Sadio Camara, und der Sicherheitsminister, Oberst Modibo Koné. Die Nicht-Wiederernennung dieser beiden Militärs sowie der Wille des Präsidenten, sich nicht mehr auf der Nase herumtanzen zu lassen, begünstigten den zweiten Staatsstreich vom 24. Mai 2021: das Verfassungsgericht ernannte den Vizepräsidenten zum Präsidenten. Die überrumpelte ECOWAS akzeptierte schliesslich diesen «Staatsstreich im Staatsstreich» unter der Bedingung, dass der für den 27. Februar 2022 angesetzte Wahltermin eingehalten wird. Dies wurde von der Militärjunta zunächst akzeptiert. In Wirklichkeit will das Militär die Macht jedoch nicht hergeben und tut alles, um Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu verhindern.

Schon am 7. November 2021 verhängte die ECOWAS wegen «fehlender und mangelhafter Fortschritte bei der Vorbereitung der Wahlen» eine erste Sanktionsmassnahme gegen die Übergangsbehörde. Diese Massnahme zielte darauf ab, den Druck auf die Junta zu erhöhen und gleichzeitig die malische Bevölkerung zu schützen. Sie richtete sich unter anderem gegen die Regierung und den Nationalen Übergangsrat (CNT). Den Mitgliedern



Anti-französische Parolen sind dieser Tage sehr präsent in Mali (Bild: tongolotibeafrika.com 2022).

zeugt, dass der Präsident nicht mehr tragbar war. Die Armee nutzte die Gelegenheit, um Keita abzusetzen. Unter Androhung von Sanktionen forderte darauf die westafrikanische Staatengemeinschaft (ECOWAS) einen zivilen Präsidenten und Premierminister. Im September 2020 wurde eine neue Regierung eingesetzt: Der Posten eines Vizepräsidenten wurde geschaffen, zugeschnitten auf den Anführer der Putschisten, Oberst Assimi Goïta. In Wirklichkeit lag der Grossteil der Macht beim Militär.

Der zweite Staatsstreich vom 24. Mai 2021 kann als Wille des Exekutivduos interpretiert werden, sich dem Einfluss des Militärs zu entziehen und zugleich den mit

dieser beiden Institutionen wurde ein Reiseverbot auferlegt und ihre Vermögen im Ausland eingefroren. Anfang Dezember 2021 schlug die herrschende Junta der ECOWAS einen Zeitplan von fünf Jahren vor, zuzüglich der 16 Monate, die sie bereits an der Spitze des Staates verbracht hatte. Diese Provokation war zu viel für die Staatschefs der ECOWAS. Am 9. Januar 2022 beschloss sie eine Verschärfung der Sanktionen, die dieses Mal wirtschaftlicher Natur waren. Die Grenzen wurden geschlossen ausser für einige lebensnotwendige Güter, um die Bevölkerung nicht zu sehr in Mitleidschaft zu ziehen. Die Zentralbank der westafrikanischen Staaten (BCEAO) kürzte den Betrag, der den Geschäftsbanken

zugewiesen wird, erheblich. Die Situation führte zu einer weiteren Verarmung der Bevölkerung, die bereits durch die Krise geschwächt war.

## Laufpass für Frankreich

Ausserdem hatte sich seit dem zweiten Staatsstreich die Situation zwischen Bamako und Paris stark verschlechtert. Höhepunkte dieser Spannungen waren die Entlassung der dänischen Spezialeinheiten, die sich der europäischen Militärtruppe Takuba anschliessen sollten, insbesondere aber auch die Ausweisung des französischen Botschafters in Mali am 31. Januar 2022 – ein Novum in der Geschichte der beiden Länder. Sie bildeten einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Mali und der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, die seit 2013 militärisch im Land engagiert war. Diese nationalistische Stimmung ist heute in der gesamten Sahelzone zu spüren, ganz besonders jedoch in Mali, das seine Zusammenarbeit mit Russland neu beleben möchte. Auch wenn die malischen Behörden dies bestreiten, besteht kein Zweifel, dass die private paramilitärische Gruppe Wagner heute an der Seite der Streitkräfte Malis steht.

Der Imageverlust Frankreichs geht auf den Beginn der Militäroperation im Januar 2013 zurück. Damals wurden die drei wichtigsten Städte im Norden Malis befreit, die von Dschihadisten verschiedener Terrororganisationen (Ansar Dine, Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest und Al Qaïda au Maghreb Islamique) besetzt waren. Während die ersten beiden Städte von den beiden Armeen (Frankreich und Mali) gemeinsam zurückgewonnen wurden, verweigerte die französische Armee dem malischen Militär den Zutritt nach Kidal, dem Epizentrum der Tuareg-Rebellionen seit der Unabhängigkeit. Diese Mehrdeutigkeit der französischen Politik wurde von der malischen Öffentlichkeit sehr schlecht aufgenommen, war doch Kidal Ausgangspunkt der Krise von 2012 gewesen – die nun schon seit zehn Jahren andauert.

## Folgen des Embargos

Schon nach einem Monat begann die Bevölkerung die Auswirkungen des ECOWAS-Embargos zu spüren. Die Lebensmittelpreise sind in die Höhe geschossen, es herrscht Inflation. Das Finanzministerium hat Schwierigkeiten, seine Schulden zu begleichen. Gleichwohl sind auch zweieinhalb Monate später die Gehälter der Staatsbediensteten nicht gekürzt worden. Dies ist der Regierung zu verdanken, die damit alle Prognosen übertroffen hat. Zwar wurden die Verhandlungen über die Aufhebung der Sanktionen wiederaufgenommen, doch stolpern die Gespräche immer wieder über den vorgeschlagenen Zeitplan: scheint das Militär etwas nachzugeben, indem es die Frist von fünf Jahren auf zwei Jahre verkürzt, legt die ECOWAS die maximale Frist auf 16 Monate fest und argumentiert, dass die Übergangsregierung bereits achtzehn Monate an der Macht ist. Das Vertrauen zwischen den beiden Protagonisten scheint zerbrochen.

Der zweite Staatsstreich vom 24. Mai 2021 brachte die Ernennung eines russischsprachigen Premierministers, der aus der «Bewegung des 5. Juni – Versammlung der Patriotischen Kräfte» (M5-RFP) hervorgegangen war,

also jener Bewegung, die die Proteste gegen Keitas Regime anführte und den ersten Staatsstreich ermöglichte. Neben dem Premierminister ist auch der Verteidigungsminister Colonel Sadio Camara russischsprachig. Die Zuwendung der Übergangsregierung zu Russland ist offensichtlich. Freilich gab es schon immer Beziehungen zwischen Russland und Mali. So war Modibo Keita, der erste Präsident Malis, der UdSSR zugewandt und sein Regime sozialistisch geprägt. Neu ist jedoch die Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus durch die Privatarmee Wagner. Dieser Kurswechsel könnte vom Militär jedoch auch als eine Möglichkeit gesehen werden, sich gegen einen möglichen Staatsstreich zu wappnen. Entgegen der landläufigen Meinung ist die malische Armee nach wie vor sehr gespalten.

## Ringens um Machterhalt

Für viele Beobachter sind die jüngsten diplomatischen Angriffe von Premierminister Choguel K. Maïga gegen Frankreich eher eine Strategie politischer Instrumentalisierung zum Machterhalt. Er will sein Amt um jeden Preis halten. Antikolonialismus ist in Afrika eine gefürchtete politische Ressource und das Spiel mit der Vieldeutigkeit der französischen Politik unter Rückgriff auf die Kolonialgeschichte eine eingespielte und wohl bekannte politische Technik. Diese Instrumentalisierungen kommen jedoch nicht von Ungefähr, sondern beruhen auf der Tatsache, dass es keine Verbesserungen im Bereich der Sicherheit gibt. Der Fingerzeig auf die internationale Gemeinschaft (Frankreich, ECOWAS) ermöglicht, lokale Verantwortung und die Unfähigkeit der Regierung sich den Herausforderungen zu stellen, zu verschleiern: die eigene Unfähigkeit zur Organisation freier und transparenter Wahlen, zum Kampf gegen die Korruption und zur Schaffung von Sicherheit usw.. Die Strategien des Militärs und des Premierministers scheinen insofern übereinzustimmen, als ihre politische Priorität weiterhin darin besteht, sich an der Macht zu halten, koste es, was es wolle. Die ECOWAS scheint dies verstanden zu haben und entschlossen zu sein, Staatsstrieche, wie sie auch in Guinea und Burkina Faso stattfanden, nicht mehr zuzulassen.

Dies ist der Status quo seit Beginn der ECOWAS-Sanktionen. Die ECOWAS will im Fall Malis hart bleiben, um einen unerfreulichen Präzedenzfall zu vermeiden, zumal sie als nächstes den Staatsstreich in Guinea-Conakry angehen muss. Intern muss in Mali von einer beginnenden Diktatur gesprochen werden, da die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt ist – mehrere führende Politiker wurden wegen Kritik am Übergang ins Gefängnis gesteckt; in der Bevölkerung herrscht Angst, auch nur ein falsches Wort gegen die Amtsführung des Militärs zu sagen. Der Tod des inhaftierten ehemaligen Premierministers Soumeylou Boubèye Maïga am 21. März 2022 (und dies obwohl ein von der Regierung selbst ernanntes Ärztekollegium angesichts seines fragilen Gesundheitszustands eine medizinische Behandlung im Ausland vorgeschlagen hatte) beweist hinreichend, dass nichts diese «Militär-Politiker» in ihrem Willen, an der Macht zu bleiben, zu stoppen scheint. ■

Lamine Savané ist Politikwissenschaftler an der Université de Ségou, wo er über bewaffnete Konflikte und Gewalt in Nord- und Zentral-Mali forscht. Der Text wurde von Susy Greuter übersetzt. Kontakt: lamine.savane@yahoo.fr.

# Literatur

## Buchbesprechungen



### Abessinienkrieg: Ein Heldinnenepos

sz. 1935 überfällt Mussolinis Italien Äthiopien. Die Bevölkerung organisiert den Widerstand und kämpft weiter, als Kaiser Haile Selassie ins Exil nach England flieht. Maaza Mengiste hat zehn Jahre an ihrem Roman «Der Schattenkönig» geschrieben. Sie rückt die Rolle der Frauen in den Mittelpunkt, sie nehmen als Soldatinnen am Kampf teil, sind jedoch auch Opfer männlicher Gewalt. Gewalt gibt es nicht nur zwischen den Invasoren und den Einheimischen, Gewalt herrscht auch innerhalb der Parteien. Mengiste bringt die Leser:innen ganz nah an ihre Figuren, sie zeigt sie in ihrer Vielschichtigkeit. In bildstarker, präziser Sprache vermittelt sie nicht nur einen Einblick in den Kriegsverlauf, sie schildert das Erleben der Menschen von Gewalt, Hass, Rache aber auch Mitleid als archetypisches Menschheitsgeschehen. ■

Maaza Mengiste: Der Schattenkönig. München 2021 (DTV).

### Rückkehr in die Heimat

eb. Der Einwanderer Weston Kogi verdient seine Brötchen wenig glamourös: Als Wachmann steht er sich in einem Londoner Supermarkt die Beine in den Bauch. Als seine Tante stirbt, reist der Endzwanziger in seine westafrikanische Heimat zurück. Im Roman heisst dieses Land Alcasia, doch es ist unschwer als Nigeria zu erkennen. Auf der Beerdigung trifft Kogi zufällig seine Ex-Freundin Nana, die er einst hatte sitzen lassen, und einen früheren Schulkollegen, der ihn einst drangsalierete. Rückkehrer Kogi will vor ihnen nicht als Loser dastehen und prahlt damit, Detektiv bei Scotland Yard zu sein. Zwei rivalisierende Rebellengruppen heuern ihn daraufhin an, um den Mord an einem geachteten Konsenspolitiker der jeweils anderen Gruppe anzuhängen. Auf seiner

Jagd nach der Wahrheit begegnet Kogi brutalen Geheimdienstlern, verführerischen Frauen und Intrigen aller Art.

Autor Tade Thompson ist in London geboren und in Nigeria aufgewachsen. Er lebt seit 1998 in England, arbeitet als Psychiater und hat sich mit Science-Fiction-Romanen einen Namen gemacht. Er bedient sich der Figur des amerikanischen Hardboiled-Detektivs, eines hartgesottenen Ermittlers à la Philip Marlowe, um die Verhältnisse auszuloten. Sein «Alcasia» krankt an exzessiver Gewalt, Korruption, einem allseits akzeptierten toxischen Männlichkeits-Ideal und fehlendem Gemeinsinn.

«Wild Card» überzeugt als atemloser Polit-Thriller mit satirischen Anklängen. Aber der Roman erzählt zugleich sehr realistisch von den typischen Erfahrungen vieler Migrant:innen: ihrem Glück, nach der Heimkehr an jeder Strassenecke das leckere Essen ihrer Kindheit riechen zu können, der Sehnsucht nach einem neuen, ruhigen Leben und ihrem Hin und Her zwischen zwei Welten und Identitäten. Auch ein Held wider Willen wie Weston Kogi bleibt vor allem eines: ein Fremder. ■

Tade Thompson: Wild Card. Aus dem Englischen von Karl-Heinz Ebnert. Berlin 2021 (Suhkamp).

### Literarische Entdeckungsreise

ef. 1980 war ein wichtiges Jahr für die Zugänglichkeit der afrikanischen Literatur im deutschen Sprachraum. Zum ersten Mal war «Schwarzafrika» Themenschwerpunkt der Frankfurter Buchmesse. Im Vorfeld hatten ein paar Pionier:innen der Literaturvermittlung die Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika – heute LitProm – gegründet. Einige Verlage begannen, spezielle Reihen zu Afrika oder zur «Dritten Welt» herauszugeben. Unterdessen sind – nicht zuletzt

dank der unermüdlichen Vermittlungsarbeit von LitProm – afrikanische Autor:innen im deutschen Buchmarkt angekommen und werden von verschiedensten Verlagen veröffentlicht, auch wenn die Anzahl von Übersetzungen weit hinter der literarischen Produktion zurücksteht und die Auswahl dessen, was übersetzt wird, oft von Zufällen und von Marketingüberlegungen der Verlage mitbestimmt wird.

Anita Djafari, seit 2009 Geschäftsführerin von LitProm, und Manfred Loimeier präsentieren nun ein literarisches «Best of» dieser vierzig Jahre: starke, überraschende, aufrüttelnde, mitreissende Texte. Neben einigen prägenden Klassikern wie Mariama Bâ oder Ngũgĩ wa Thiong'o, kommen viele junge Autor:innen zu Wort, wie die südafrikanische Lyrikerin Koleka Putuma oder Lesley Nneka Arimah, die das Spannungsfeld des Lebens zwischen Nigeria und den USA auslotet. Präsent sind mit Mia Couto, Paulina Chiziane und José Eduardo Agualusa auch Autor:innen die auf Portugiesisch schreiben. Während die französischsprachige westafrikanische Literatur – entsprechend dem deutschen Buchmarkt – etwas weniger vertreten ist, können Autor:innen aus literarisch wenig bekannten Ländern wie Mauritius, Rwanda oder Djibouti entdeckt werden. Neben erschütternden Texten über Krieg, Gewalt und Flucht stehen solche, die vom Alltag handeln oder in spirituelle Welten führen – und manchmal schliesst sich das alles nicht aus.

Wer bis jetzt nur wenig afrikanische Literatur gelesen hat, findet hier einen überzeugenden Einstieg, einen bewusst unvollständigen, aber überaus reichen, inspirierenden Überblick, der neugierig macht auf weitere Lektüre. ■

Anita Djafari, Manfred Loimeier (Hg.): Nehmen Sie den Weg nach Süden. Eine literarische Reise durch Afrika. Wuppertal 2020 (Peter Hammer).

### Äthiopische Klassiker

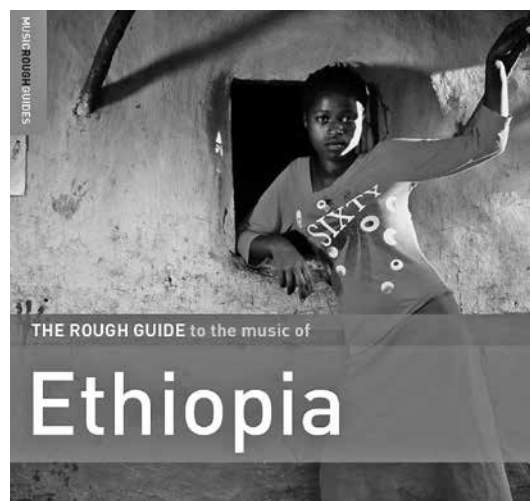
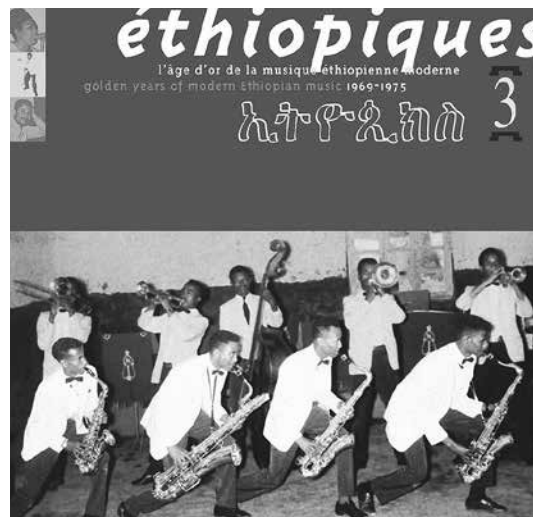
Bis zum zweiten Weltkrieg war die moderne äthiopische Musik auf militärische Marschmusik beschränkt. Für Ras Tafari Mekonnen, später Kaiser Haile Selassie, waren die Militärkapellen ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau der äthiopischen Armee. Daraus entstanden offizielle Orchester, zuerst gebildet durch überlebende Armenier:innen, welche nach dem Völkermord durch die Türkei nach Äthiopien geflüchtet waren. Nun entstanden unzählige Orchester und Tanzbands. Alle waren in irgendeiner Form staatliche Institutionen. Diese Bands orientierten sich meist am afro-amerikanischen Jazz, an lateinamerikanischer Musik, aber auch an westlichen Tanzstilen. Diese Modernisierung mit westlichem Einfluss passte jedoch vielen nicht. So floss immer mehr traditionelle Musik ein: traditionelle Instrumente wurden in den Sound eingebettet und ein einzigartiger Rhythmus bestimmte den Gesang. Besonders die heimischen Instrumente Krar (eine Art sechsseitige Leier) und der Masingu (eine einseitige Fidel) spielten nun eine wichtige Rolle. Doch der Einfluss von Musikstilen aus Europa und Nordamerika blieb.

In den Orchestern spielten meist festangestellte Musiker:innen und Sänger:innen. Einen festen Beitrag leisteten die Azmaris, traditionelle Musiker:innen aus dem Hochland. Auch die orthodoxe Kirchenmusik hatte Einfluss. Und natürlich die verschiedenen Ethnien mit ihrem musikalischen Hintergrund. In den 1960er Jahren ging es dann richtig los mit der modernen äthiopischen Musik. In dieser Zeit gingen viele junge Äthiopier:innen zum Studium in die USA und wurden dabei durch die afro-amerikanische Musik beeinflusst. Daraus entstand ein eigenständiger äthiopischer Sound mit eigenem Rhythmus und einem

einzigartigen Gesangsstil. Diese Musik unterscheidet sich stark von anderen modernen afrikanischen Musikstilen. Die Zahl der Bands und Sänger:innen explodierte förmlich. Man spricht von der goldenen Ära der äthiopischen Musik. Was dabei auch wichtig ist, in diesem Vielvölkerstaat mit seinen Konflikten, Spannungen, Bürgerkriegen: die Musik blieb der Punkt, wo sich die verschiedenen Ethnien zusammen ausdrückten.

Doch dann kam das Ende des goldenen Musikzeitalters. Neuen Regierungen passte die Musik nicht. Sie wurde als überzogen und bürgerlich denunziert. Die grosse Anzahl der Orchester und deren Produktionen fand ihr Ende. Viele Musiker:innen gingen in die Emigration. Doch die Musik überlebte. Bis heute gibt es grossartige äthiopische (und auch eritreische) Musiker:innen. Und die Musik lebt weltweit, zu hören auf Fusionen amerikanischer, europäischer und äthiopischer Musikschaffenden. Als Beispiel sei hier die Sängerin Gigi mit ihrer Zusammenarbeit mit Bill Laswell genannt, oder der grosse äthiopische Saxofonist Gétatchèw Mèkurya mit der niederländischen Polit-Punk Band The Ex. Des Weiteren der Vibrafonist und Meister des Ethio-Jazz Mulatu Astatke mit The Heliocentrics. Astatke spielt auch eine wichtige Rolle im Film Broken Flowers von Jim Jarmusch. Und nicht zu vergessen das Musikkollektiv Dub Colossus.

Einen fantastischen Blick in die Geschichte der äthiopischen Musik und ihrer Protagonist:innen bietet die Reihe *Éthiopiennes* des Musikarchivars Francis Falceto. Dreissig CDs bieten einen guten Überblick. Diverse Bands, Instrumentalist:innen und Sänger:innen sind hier zu hören und gut dokumentiert. Dabei wird auch der Einfluss der verschiedenen Regionen aufgezeigt. Ein Hörerlebnis quer durch die grosse Welt des äthiopischen Jazz, Pop



und der Folklore. Viele der dokumentierten Musiker:innen haben bis heute einen spürbaren Einfluss oder sind immer noch aktiv. Die Reihe ist eine wahre Fundgrube. ■

*Éthiopiennes*. Vol. 1–30. Jede CD mit umfassendem Booklet. Zum Teil auch auf Vinyl erhältlich. Editor: Francis Falceto. Buda Musique.

The Rough Guide to the music of Ethiopia. CD. Rough Guide. World Music Network.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen, [medien@comedia-sg.ch](mailto:medien@comedia-sg.ch), [www.comedia-sg.ch](http://www.comedia-sg.ch), mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



### **Eritrea – der zweite Blick**

gb. Die erste Auflage des im Frühjahr 2017 von Hans-Ulrich Stauffer, Mitglied des Afrika-Komitees und Mit-herausgeber des Afrika-Bulletins, verfassten Sachbuchs ist auf ein erfreuliches Echo gestossen. Bereits nach zwei Jahren war es ausverkauft. Die 2020 erschienene Neuauflage des Buches zeichnet auch die damals unerwartete Entwicklung am Horn von Afrika nach.

Im Juni 2018 kündigte der neugewählte äthiopische Präsident Ahmed Abiy überraschend an, dass Äthiopien das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zum Grenzstreit mit Eritrea anerkenne. Damit endete die 18jährige bleierne Periode von «No war – no Peace», nicht nur zwischen Eritrea und Äthiopien. Eine unvorstellbare Dynamik setzte ein, welche die ganze Region erfasste: In Somalia, Djibouti, Sudan, Südsudan, ja selbst ins international isolierte Somaliland kam Bewegung. In der Folge wurde das UN-Embargo über Eritrea aufgehoben. In wenigen Monaten ist die Geschichte am Horn von Afrika neu geschrieben worden.

In der Neuauflage wird aber auch die Geschichte weitergeschrieben, soweit sie sich gegenüber der Lage von 2016 verändert hat. So ist Asmara als Architekturjuwel nun in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen worden. Der kontrollierte Abbau von Bodenschätzen mit starker Beteiligung des eritreischen Staates schreitet weiter voran, etwa beim Phosphatlager von Colluli in der Danakil-Tiefenebene. Stauffer besuchte das Bisha-Minengebiet, in dem durch ein eritreisch-kanadische Joint Venture Gold, Kupfer und Zink abgebaut wird, und berichtet darüber.

Mit dem Friedensschluss blicken die Menschen hoffnungsvoller in die Zukunft. Viele sprechen davon, dass eine zentnerschwere Last von ihnen gefallen sei, und dass sie nach schmerzvollen Jahren der Trennung jetzt wieder mit Familienmitgliedern jenseits der Grenze zusammentreffen können. Leider hat sich bis heute an der Verpflichtung zum National Service nicht viel geändert, und nach wie vor wird eine starke Kontrolle über die Bevölkerung ausgeübt.

Mit diesen Ergänzungen liegt das einzige aktuelle Sachbuch vor, das auf die wechselvolle Geschichte Eritreas eingeht und diese bis heute nachzeichnet. Es hilft, diese Geschichte zu verstehen, zeigt auf, welche grossen Entwicklungsschritte in den wenigen Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit erfolgten und geht auch auf einzelne nicht verständliche Verhaltensweisen der Regierung ein. Nicht mehr Eingang in die Neuauflage gefunden hat der Krieg in Tigray. ■

Hans-Ulrich Stauffer: Eritrea – der zweite Blick. Zürich 2020 (Rotpunkt-Verlag).

### **Fundstücke aus dem Archiv**

gb. Das Afrika-Komitee hat mit der Inventarisierung seines fast 50-jährigen Archivs begonnen. Dabei kommen schon lange vergessene Dokumente über die Arbeit des Afrika-Komitees zum Vorschein, die wir in loser Folge präsentieren werden.

Die zimbabwische «Manica Post» vom 21. Dezember 1990 berichtet über die Übergabe einer Maismühle an die «Chiromwe Cooperative» in Nyamidzi, Nyazura, bei der trotz starkem Regen 200 Personen anwesend waren, darunter Gibson Munyoro, der Parlamentsabgeordnete von Makoni Süd, und Fritz Kuhni, der erste Sekretär der Schweizer Botschaft. Spenderin der Maismühle war das Afrika-Komitee. Dieses wurde im Artikel fälschlicherweise als Organisation der technischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Zimbabwe bezeichnet. Fakt ist vielmehr, dass das Afrika-Komitee völlig unabhängig von der offiziellen Schweiz gehandelt hatte und von dieser auch keine finanzielle Unterstützung erhielt.

Schon einige Tage zuvor, am 17. Dezember 1990, hatte die Schweizer Botschaft über die Übergabe von drei vom Afrika-Komitee finanzierten Getreidemühlen an Kooperativen in Manicaland informiert, an der der erste Botschaftssekretär Fritz Kuhni teilgenommen habe. Die Botschaft schreibt, dass die Gegend ohne Elektrizität sei, Wasser von weither getragen werden müsse, und die nächste Strasse nur auf einer 20 Kilometer langen Piste erreicht werden könne. Die Mühle funktioniere einwandfrei, sei «blitzblank sauber» und gut unterhalten. Weiter heisst es: «Es war rührend, wie einzelne Mitglieder der Kooperative und Bauern des Distrikts mit überschwänglichen Worten ihrer Dankbarkeit Ausdruck gaben (...). In seiner halbstündigen Ansprache wies auch Parlamentarier Munyoro auf die langjährige engagierte, äusserst geschätzte Arbeit des Afrika Komitees in Zimbabwe hin. Dass er dabei die Gelegenheit benutzte, die Verdienste seiner Partei und seiner eigenen Person ebenfalls zu erwähnen – deshalb die relativ aufwendige Medienpräsenz – ist ihm kaum zu verargen. Erstens sprach er vor seinen Wählern, und es ist tatsächlich auf seine Initiative zurückzuführen, dass das Afrika Komitee in diesem Gebiet aktiv wurde. Andererseits resultierten aus dieser Aktion eine Publizität und ein Goodwill für die Schweiz, die in keinem Verhältnis zu den relativ bescheidenen Mitteln steht, die für das Projekt eingesetzt wurden». Schmückt sich da jemand mit fremden Federn? ■

### **Unterstützung für die Inventarisierung des Archivs**

**Konto: IBAN: CH26 0900 0000 4001 7754 3**  
**(Afrika-Komitee, Basel)**  
**Vermerk: Archiv**